

BÜNDNIS 90/**DIE GRÜNEN** Ortsverband Zülpich

c/o Angela Kalnins, Düsseldorfer Straße 79, 53909 Zülpich
Tel. 02252 4256 Email akalnins@gmx.de

Zülpich, den 07.05.2015

Haushaltsrede 07.05.2015

es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

„same procedure as every year“ könnte man sagen.

Wir reden mal wieder über fehlende Unterstützung durch Land und Bund, wir beklagen fehlende Konnexität, zu hohe Abgaben und zu geringe Schlüsselzuweisungen.

Es wird gern betont, von welchen Stellen uns zu wenig gegeben, von welchen uns zu viel weg genommen wird.

Der Kreis Euskirchen unterzieht seinen Haushalt immer wieder einer Zahlenkritik und nimmt jede Finanz-Bewegung genau unter die Lupe. Uns fehlen solche Infos zu unserem Haushalt, aber immer verlangt die Zülpicher Politik vom Kreis Euskirchen, er möge sparen.

Zülpich ist auf dem schmerzhaften Weg raus aus den Schulden.

Das städtische Defizit bzw. sein Anwachsen steht und fällt neben den von uns nicht zu beeinflussenden Verpflichtungen und Einnahmen mit den von uns beeinflussbaren Größen, wie zum Beispiel den Gewerbesteuerzahlungen und der Grundsteuer. Aber: nur die von außen gesetzten Zahlen zu betrachten, ist zu einfach, was ist mit den von uns beeinflussbaren Ausgaben und Einnahmen?

Was ist mit dem eigentlich so aussagekräftigen Haushalt?

Wir haben theoretisch viele Möglichkeiten, Informationen aus dem NKF-Haushalt zu ziehen, aber es fehlt die Überarbeitung der Produkte und es gibt fast keine Kennzahlen. Es gibt keine Transparenz, wenn die Produkte nicht passend und scharf definiert und mit viel zu wenigen Kennzahlen versehen sind. Diese Kennzahlen können uns viele Informationen zu fast allen Haushaltsprodukten liefern, über die wir zur Zeit nur auf Nachfrage verfügen können.

Dadurch wird es auch schwierig, Sparpotentiale auszumachen und den Haushalt von der Einnahmen-und Ausgabenseite aus im Detail zu

überarbeiten. Wir brauchen eine solche Überarbeitung der Produkte, wir brauchen aussagefähige Kennzahlen, wir müssen unbedingt die Anstrengungen vor Einführung des NKF wiederholen und über jedes Produkt miteinander diskutieren. Deswegen freuen wir uns über die einstimmige Annahme unseres entsprechenden Antrags.

Es ist sicherlich noch an einzelnen Positionen Geld einzusparen oder zumindest sinnvoller zu verwenden.

Können wir in Zülpich noch Einsparpotentiale heben?

Uns geht es nicht um die Schließung von Friedhöfen oder Feuerwachen, wir wünschen uns zum Beispiel verstärkte interkommunale Zusammenarbeit in viel mehr Bereichen als bisher. Wir benötigen eine Strukturreform, auch in der Verwaltung. Dazu gehört auch der Personalbereich. Pauschale Sperrvermerke mit dem Ziel, die Belegschaft abzuschmelzen, sind nicht immer das geeignete Mittel einer vernünftigen Personalpolitik. Als Beispiel sei nur der Bauhof genannt, bei dem Defizite einfach nicht aufgefangen werden können. Die Personalausstattung muss daher ebenfalls einer genauen Betrachtung unterzogen werden.

Sollte unser Beigeordneter im Laufe dieses Jahres einer anderen Berufung nachkommen, so darf seine Stelle nicht wieder besetzt werden.

An einer Stelle im Personalbereich gibt es definitiv Handlungsbedarf. Die Erzieherinnen müssen viel Zeit für Organisation der übergeordneten Aufgaben verwenden, die von ihrer Arbeitszeit und der eigentlichen Aufgabe der Kindererziehung abgeht. Hier ist die Einrichtung einer halben pädagogischen Fachkraft-Stelle mit Sicherheit den Einsatz wert.

Wer uns nun entgegenhält, es sei doch besser, die Aufgabe der frühkindlichen Bildung in die Hände von Wohlfahrtsverbänden zu geben, der müsste in dieser Konsequenz auch die Schulen abgeben. Frühkindliche Bildung ist, unabhängig vom Alter, eine staatliche Pflichtaufgabe.

Während wir in den letzten Jahren mehr die fehlende Nachhaltigkeit der Politik bemängelt haben, fallen dieses Jahr unsinnige Ausgaben und die Ausführung unsinniger Aufgaben durch die Verwaltung ins Auge.

Hier ein paar Beispiele aus der Stadtplanung: unsinnige Projekte wie die zweite Beantragung der Lidlerweiterung kosteten Geld, das an allen Ecken fehlt, obwohl die Ablehnung vorhersehbar war. Angesichts der Tatsache, dass damit auch der Bezirksverwaltung unnötigerweise doppelte Arbeit gemacht wurde, war deren Reaktion auch ihrer drastischen Art, völlig gerechtfertigt.

Seegärten 2: Das unsägliche Verhalten der Verwaltungsspitze um den problematischen Sachstand im letzten Fachausschuss zeigt, dass man alles

unternimmt, um zu verschleiern, dass hier Geld für einen unsinnigen B-Plan verschleudert wird.

Zum einen zerstört dieses Baugebiet die mit hohen Förderanteilen errichtete Römerachse zwischen den beiden Gartenschauparks. Haben Sie mal überlegt, ob die Fördergeber da nicht ähnlich drastisch reagieren könnten wie bei Lidl??

Wer will denn durch ein Wohngebiet spazieren, wenn man Landschaft haben konnte?

Zum anderen besteht die Gefahr, dass neue Anwohner direkt am See sich durch die Geschäftigkeit und die Geräuschkulisse, die wir dort wünschen und erwarten, gestört fühlen. Und es gibt genug Beispiele, auch in Zülpich, wo Anwohner Entwicklungen behindern, verteuern oder einfach verhindern können. Wenn sie klagen, ist die Rechtsprechung oft genug auf ihrer Seite.

Will man ernst genommen werden, sollte man auch die Richtlinien des Artenschutzes beachten. Im zukünftigen Baugebiet liegt ein Schwerpunkt der hoch gefährdeten Feldhamsterpopulation. Man arbeitet schon jetzt, ohne jede rechtliche Grundlage, an deren Vertreibung, mit tiefem Pflügen und ungünstiger Einsaat in dem fraglichen Bereich.

Die einzigen Argumente für eine Bebauung im Lebensraum einer so hoch gefährdeten Tierart sind: Dringender Wohnraumbedarf, zwingende Gründe, genau an dieser Stelle zu bauen, guter Erhaltungsstand der Hamsterpopulation.

Keines davon trifft zu!

Bei der Umsetzung des vorliegenden Hamsterschutzprogramms hat es in der Vergangenheit schon massive Probleme mit den Schutzmaßnahmen wegen der Seegärten 1 gegeben.

Der Tierbestand ist von 300 auf unter 100 zurück gegangen. Allein damit wurden die EU-Richtlinien nicht eingehalten.

Die Vorgaben der EU nicht einzuhalten kann richtig teuer werden. Zu teuer für Zülpich!

Und ja, mit diesem Thema kann man Politik machen, es zeigt exemplarisch, wie naiv und leichtfertig hier mit Steuergeldern umgegangen wird.

Was passiert bei dem Verfahren zur Ausweisung der neuen Windkraftkonzentrationszonen?

Entstanden unnötige Kosten durch die anfängliche Betrachtung von 10 Flächen? Fehlende Transparenz ist trotz des viel versprechenden Anfangs mit Sicherheit auch hier ein Thema, wenn man das Gebiet hinter Füssenich betrachtet. Hier werden die Planungen, die einzelne Interessierte auf eigene Faust vorgenommen haben, mal eben übernommen. Wo bleibt die Bürgerbeteiligung?

Und was ist mit der Fläche zwischen Rövenich und Weiler, die von der Ene schon angeplant und im Fachausschuss vorgestellt worden war? Die Nähe zum Funkfeuer Nörvenich scheint nicht der entscheidende Faktor zu sein.

Verschwendung von menschlichen Ressourcen und Geld auch bei der Schulentwicklung: Verschwendung bei den ominösen Fragebögen, aber immer noch keine Aussagekraft.

„Biregio“ wurde mit der Umfrage für die weiterführenden Schulen beauftragt ohne Kostenklarheit und ohne vorhandenen Haushaltsposten. Über den Inhalt der Umfrage wollte im Fachausschuss außer uns niemand diskutieren. Er wurde auch vor dem Ausschuss geheim gehalten.

Neben der Frage: Was ist das für ein Demokratieverständnis? bleibt die Feststellung: Wer so mit dem Steuergeld umgeht, kann nicht für sich beanspruchen, seriöse Haushaltspolitik zu betreiben.

Die Konsequenz dieses unsinnigen Vorgehens: Eltern verstehen nicht, was die gestellten Fragen mit der Schulentcheidung zu tun haben. Inwieweit mit dieser Befragung ein vernünftiges Ergebnis erzielt werden kann, steht in den Sternen.

Ganz abgesehen davon ist noch absolut unklar, inwiefern eine Gesamtschule, sollte sie denn mehrheitlich gewünscht sein, überhaupt bestehen kann, weil beim gleichzeitigen Festhalten am Gymnasium zwei Oberstufen nebeneinander in Zülpich kaum sinnvoll existieren können.

Wir steuern also auf ein Desaster zu, das mit Sicherheit nicht kostenneutral zu lösen ist und dem Ruf des Schulstandorts nachhaltig schaden kann.

Bei der verzweifelten Suche nach schnellen Einnahmen ist unsere große Koalition auf die Erhebung von Parkgebühren verfallen.

Darüber könnte man ja nachdenken, wobei im konkreten Fall unserer Meinung nach auch keine wirkliche Abwägung zwischen den Einnahmen der Stadt und der Attraktivitätsminderung der Innenstadt als Einkaufsziel erfolgt ist.

Was aber unerlässlich ist, ist die Verbindung mit einem vernünftigen Konzept. Und das fehlt hier völlig. Hier will man möglichst viel Geld mit möglichst wenig Parkuhren abgreifen. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber der Bevölkerung, aber kein Konzept.

Die Einnahmesituation durch die weitere Erhöhung der Grundsteuer zu verbessern, ist in unseren Augen keine Lösung.

Wir wollen schließlich Einwohner gewinnen. Auch damit erhöhen sich die

Grundsteuereinnahmen. Dafür muss Zülpich ein attraktiver Wohnort sein. Optisch hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Aber das ist nicht genug.

Zum Erhöhen der Attraktivität muss man auf jeden Fall die Anbindung an den ÖPNV verbessern. Und, liebe CDU-Fraktion, ja, das ist eine Aufgabe für uns in Zülpich. Damit die Überarbeitung des ÖPNV-Konzepts des Kreises Euskirchen in unserem Sinne geschieht, müssen wir mitteilen, wie wir uns die Zukunft des ÖPNV vorstellen. Darüber muss im politischen Raum, nicht nur innerhalb der Verwaltung diskutiert werden.

Es hat als Folge der LaGa eine kleine Verbesserung der Anbindung an den Wochenenden gegeben durch die Einbindung der Bördebahn. Das ist noch nicht genug und die angedachte Planung einer Verlegung der SB 98 ist sicher keine Verbesserung, ein Grund mehr, die Reaktivierung der Bördebahn offensiv zu betreiben. Die Anbindung der Ortschaften muss evtl. mit höherem finanziellen Aufwand organisiert werden, es muss eine Anbindung des Bahnhofs an die Kernstadt und die Ortschaften geben. DAS wäre attraktiv für potentielle neue Einwohner in der Kernstadt und den Ortschaften und kann die Grundsteuereinnahmen steigern.

Auch Flüchtlinge sind Einwohner. Natürlich ist es unabdingbar, dass der Bund und das Land NRW sich finanziell mehr einbringen, kein Zweifel. Trotzdem ist es teilweise schlimm, unter welchen Bedingungen die hier ankommenden Menschen untergebracht werden. Es ist UNSERE Aufgabe, den Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterkunft zu geben. Wir hoffen sehr, dass Zustände in Unterkünften, wie sie in Rövenich vorlagen, endgültig der Vergangenheit angehören. Die Unterbringung in den Sammelunterkünften ist aktuell besser, aber noch nicht zufriedenstellend. Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation der Flüchtlinge sind aber bereits bzw. werden demnächst in Angriff genommen.

Oft sind es Kleinigkeiten, die fehlen. Einrichtungsgegenstände, Fahrräder und dgl. Eigentlich immer sind es freundliche Worte, konkrete Hilfsleistungen und Gesprächsbereitschaft, die vor allem gebraucht werden. Das Maß an Bereitschaft aus der Bürgerschaft hier zu helfen ist wirklich staunenswert und so viel anders als in den 90er Jahren, es kann nicht genug gelobt werden. Der Runde Tisch für Flüchtlinge leistet wichtige Arbeit, die die Stadt allerdings nicht von ihren Pflichten entbinden kann.

Wir haben nicht zu beurteilen, ob jemand zu Recht hier ist. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, die Flüchtlinge zu kontrollieren und zu gängeln, sondern ihnen im Gegenteil die Möglichkeit zu bieten, sich in einer fremden Kultur zurecht zu finden.

Zülpich gewinnt auch mit diesen neuen Bürgern, weil sie die Bürgerschaft

veranlassen zusammen zu rücken und sie dabei die Tugend des Gemeinsinns entdeckt. Diese Neuankömmlinge bringen sich ein mit Arbeit und Ideen und sie bringen frischen Wind in unser oft doch etwas verschlafenes wirkendes Gemeinwesen.

Das muss hier auch einmal gesagt werden. Die Flüchtlinge sind für uns eine große Chance. Wir müssen sie unbedingt nutzen.

Die wenigen Beispiele zeigen: In der Summe geschieht trotz der geringen finanziellen Möglichkeiten der Stadt immer noch vieles, was unnötig oder gar unsinnig ist.

Unsere Meinung dazu wird von der politischen Mehrheit nicht zur Kenntnis genommen, wir sehen uns daher auch nicht in der Lage, für den Haushalt mit die Verantwortung zu tragen.

Deshalb auch an dieser Stelle: „same procedure as last year“: wir lehnen für Bündnis90/die Grünen den Haushalt 2015 ab.

Wir möchten an dieser Stelle nicht versäumen, dem Kämmerer, Herrn Voigt und seinem Team sehr herzlich für die geleistete Arbeit und die Unterstützung und stetige Antwortbereitschaft während der Haushaltsberatungen zu danken.